

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 39

Charlottenburg, Freitag, den 24. September 1909

Jahrg. 36

Sperren

Bollsperrern in Deutschland: Auma (Porzellan-Industrie Gesellschaft Berghaus). Mannheim. Stogheim.

Halbsperrern in Deutschland: Alexandrintal (Rechnagel). Altwasser (C. Tietz & Co.) Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörshelm a. M. Gräfenroda (Heene, Eckert & Menz). Königszelt. Langwieschen (Schlegelmilch). Neuhaldensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolfstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Selb (V. Gutchenreuther inklusive Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Linz an der Donau (Josef Engler Nachfolger und Robert Venz Nachfolger). Wilhelmsburg (Gebr. Lichtenstern).

Die letzte internationale Gewerkschafts-Konferenz.

(Paris, 30. 31. August und 1. September.)

Entgegen der Bestimmung der 5. Internationalen Konferenz (Kristiania), nach welcher die nächste Konferenz 1910 in Wien stattfinden sollte, wurde dieselbe jedoch schon in diesem Jahre und zwar nach Paris einberufen, um so dem Präsidenten der amerikanischen Arbeiterföderation zu ermöglichen, an derselben teilzunehmen und um zugleich mit der französischen Konföderation, mit welcher die Beziehungen des Internationalen Sekretariats in den letzten Jahren nur sehr lose gewesen waren, wieder in engere Verbindung treten zu können. In dem Berichte des Internationalen Sekretärs Belgien an die Konferenz wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Teilnahme der amerikanischen Gewerkschaften zu deren Anschluß an das Internationale Sekretariat führen werde. Damit würde die internationale Verbindung sich auf alle Länder, die zurzeit sich dem Internationalen Sekretariat anschließen können, erstrecken, denn bisher sind bereits an die Landeszentralen von England, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Kroatien, Serbien, Bulgarien, Schweiz, Italien und Spanien.

Während in der zweijährigen Berichtsperiode vor der Konferenz in Kristiania die Beiträge für 2454208 bzw. 3187850 angeschlossene Mitglieder an das Internationale Sekretariat geleistet wurden, sind für die letzten Berichtsjahre 1907/08 und 1908/09 Beiträge für 4157482 bzw. 4206731 Mitglieder abgeführt worden. Für das letzte Rechnungsjahr sind noch einzustellen für Finnland 25000, für Kroatien 8000, für Serbien 5400 und für Bulgarien 1500 Mitglieder, da von diesen Zentralen die Beiträge nicht eingegangen waren, so daß also den im Internationalen Sekretariat vereinigten Landeszentralen rund 4246000 Gewerkschaftsmitglieder angeschlossen wären. Der Beitrag beträgt zurzeit 1,50 Mk. pro Jahr und 1000 Mitglieder. Die Kassenabrechnung des Internationalen Sekretariats für die letzten zwei Jahre schließt in Einnahme und Ausgabe mit 11763,38 Mk. ab. Der Kassenbestand ist in diesem Zeitraume von 3054,20 Mk. auf 4472,64 Mk. gestiegen.

Auf der Konferenz waren England, Frankreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, Oesterreich und Italien durch je zwei Delegierte, die Niederlande, Norwegen, Ungarn, Kroatien, Schweiz und Spanien durch je einen Delegierten vertreten, während die Landeszentralen Schweden, Finnland und Serbien Vertreter nicht entsandt hatten. Die anwesenden Vertreter der Landeszentralen in den Vereinigten Staaten, Bulgarien und Rumänien wohnten den Beratungen als Gast bei.

Die Tagesordnung war eine ungemein reichhaltige, weshalb denn auch außer den zwei in Aussicht genommenen Verhandlungstagen ein dritter hinzu genommen werden mußte. Der Antrag der französischen Konföderation, die Öffentlichkeit von den Verhandlungen auszuschließen, wurde nach langer Debatte abgelehnt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Sympathieerklärung für die kämpfenden schwedischen und spanischen Arbeiter angenommen, dann noch der von einem amerikanischen Arbeitslosenkomitee entsandte Delegierte als Gast zugelassen.

Der Bericht des Internationalen Sekretärs zog eine lange Debatte über die Stellung der amerikanischen Gewerkschaften zur internationalen Gewerkschaftsbewegung nach sich. Compers, der amerikanische Vertreter, erklärte, daß ein Anschluß seiner Landeszentrale an das Internationale Sekretariat mit Bestimmtheit zu erwarten sei, wenn dadurch die Autonomie der amerikanischen Gewerkschaften, besonders, soweit es die eigenen und speziell amerikanischen Angelegenheiten betrifft, nicht angetastet werde. Den Anschluß jetzt schon zu erklären, sei er nicht ermächtigt. Betreffs der von der American Federation of Labor vorgeschlagenen Resolutionen wird beschlossen, Compers das Wort zur Begründung derselben zu erteilen, dieselben dann aber bis zur nächsten Konferenz zurück zu stellen, in eine Diskussion darüber also jetzt nicht einzutreten. Dem Antrage der neuen Landeszentralen von Bosnien-Herzegowina auf Anschluß an das Internationale Sekretariat wird stattgegeben. Angenommen werden dann zwei von Norwegen bzw. Deutschland gestellte Anträge, welche Festsetzung bestimmter Ausdrücke für die internationale Berichterstattung wie auch die Vereinheitlichung der Berichterstattung in verschiedenen Ländern verlangen.

Die Freizügigkeit der Gewerkschaftsmitglieder in den verschiedenen Ländern wurde auf Antrag Deutschlands Gegenstand einer längeren Aussprache, wobei besonders den Engländern gegenüber der Vorwurf erhoben wurde, sie hätten zur Durchführung der hierauf bezüglichen Beschlüsse der letzten Konferenzen nicht genügend getan. Die englischen Delegierten erklärten, daß sie zwar im Sinne des Freizügigkeitsprinzips tätig seien, doch waren bisher immer noch die hohen Unterstützungssätze der englischen Gewerkschaften, mit denen die Einrichtungen der kontinentalen Organisationen noch meist in keinem Vergleich stehen, hinderlich. Jedoch mehrt sich schon die Zahl jener englischen Gewerkschaften, welche ausländische Gewerkschaftsmitglieder ohne Eintrittsgeld und unter Anrechnung der alten Mitgliedschaft aufnehmen. Dies werde besonders durch den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen zwischen den einzelnen Berufs- oder Industrieverbänden der verschiedenen Länder gefördert werden können. Von Ungarn wird angeregt, das Internationale Sekretariat möge eine Ausweiskarte für die ins Ausland reisenden Gewerkschaftsmitglieder herausgeben, damit man in der Lage sei, festzustellen, ob das zureisende Mitglied auch einer Landeszentrale angehöre, die dem Internationalen Sekretariat angeschlossen ist.

Holland hatte die Anstellung eines besoldeten Sekretärs beantragt, damit besonders der Informationsdienst besser ausgebaut werden könne. Man sei, was die internationale Arbeiterbewegung betreffe, besonders in den kleinen Ländern, allein auf das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angewiesen. Das genüge auf die Dauer nicht, besonders zu Zeiten größerer Bewegungen. Es wird beschlossen, daß der Internationale Sekretär sich die Dienste einer vollbesoldeten Kraft sichere, wodurch dann auch die häufigere Versendung von Zirkularen oder anderen Mitteilungen ermöglicht werde.

Nachdem Gompers den Antrag der amerikanischen Landeszentrale auf das Studium der Frage der Errichtung einer Internationalen Arbeitskonföderation begründet, wird der Antrag der französischen Konföderation auf „Abhaltung internationaler Gewerkschaftskongresse“ beraten. Sämtliche anwesende Delegierte, mit Ausnahme der Franzosen, waren der Meinung, daß solche Kongresse praktisch völlig undurchführbar sind, mindestens so lange, wie die internationalen Verbindungen nicht ganz bedeutend fester sind. Es kam bei dieser Debatte zu einer gründlichen Aussprache über die sogenannten „deutschen“ und „französischen“ Gewerkschaftsmethoden wie über die Stellung der Gewerkschaftsbewegung zur politischen Arbeiterpartei. Die meisten Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen vertraten den Standpunkt, daß die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft unbedingt Hand in Hand arbeiten müssen. Schließlich zogen die Franzosen ihren Antrag auf Einberufung internationaler Gewerkschaftskongresse zurück, unter der Voraussetzung, daß sie denselben der nächsten Konferenz erneut unterbreiten können. Auch wünschten sie bis dahin nochmaliges Studium dieser Frage durch die Landeszentralen.

Die Frage des Legitimationstaranzwanges für ausländische Arbeiter in Preußen und der hierzu von den Belgiern gestellte Antrag, die gewerkschaftliche Internationale solle mit der politischen Internationale zusammen arbeiten, um die Abschaffung dieses Zwanges in Preußen herbeizuführen, erzeugte eine nochmalige, sehr ausgedehnte Diskussion über „Gewerkschaft und Politik“. Aus Italien und Oesterreich, neben Deutschland, wurde berichtet, daß, in den dortigen Parlamenten die Regierung in dieser Frage interpelliert worden sei. Das Gleiche müsse in allen anderen Ländern geschehen. Der italienische Minister des Innern hat bei der Beantwortung dieser Interpellation ein energisches Vorgehen in dieser Angelegenheit in Aussicht gestellt, da die betreffenden Verordnungen der preußischen Regierung gegen die bestehenden Staats- und Handelsverträge verstoßen. Nötigenfalls werde er sogar das Kaiserliche Tribunal anrufen. Auf Vorschlag der Engländer wird eine Resolution beschlossen, welche alle Landeszentralen auffordert, mit allen Mitteln für die Abschaffung des Legitimationstaranzwanges tätig zu sein.

Eine Resolution der Amerikaner, welche sich gegen die Einfuhr von Arbeitskräften vor oder während Lohnkämpfen wendet, wird nach mündlicher Begründung zur nächsten Konferenz zurückgestellt. Angenommen wird eine Resolution der Engländer, in welcher die Handlungswelt der Streikbrecher auf das Entschiedenste verurteilt und das Vorgehen der englischen Arbeiterpartei begrüßt wird, welche versucht, ein solches Verbot in London zu veröffentlichen. In London werden von Arbeitern in größerer Zahl in Aussicht genommen.

Auf Antrag der Dänen wird ein Antrag angenommen, welcher es als wünschenswert bezeichnet, das größte Gewicht auf die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit zu legen. Den zweiten Teil ihres Antrages, laut dem die Konferenz sich verpflichtet haben würde, den dänischen Gewerkschaften in einem durch sie vorzubereitenden Kampfe materielle Hilfe anzubieten zu lassen, zogen sie zurück, nachdem erklärt worden war, daß der Internationale Sekretär Aufrufe an die Solidarität bei großen Kämpfen nach wie vor allen Landeszentralen unterbreiten werde und diesen die Entscheidung über eventl. Unterstützung überlassen werden müsse.

Zur Frage der Heimarbeit wird eine ganz besondere Beachtung derselben angeregt und beschlossen, überall auf eine gefegliche Regelung zu bringen.

Im geschäftlichen Teil beschwerten sich die Franzosen, daß einzelne Berichte der Landeszentralen, die im „Internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1907“ Aufnahme gefunden haben, nicht objektiv seien, da andere Richtungen der Arbeiterbewegung (Anarchisten) angegriffen wurden. Die Konferenz entschied jedoch, daß es jeder Landeszentrale überlassen werden

müsse, ihren Bericht nach eigenem Gutdünken zu verfassen, zumal sie auch für den Inhalt selbst verantwortlich sei.

Als Internationaler Sekretär wird Legien (Deutschland) einstimmig wieder gewählt und Budapest zum Tagungsort der nächsten Konferenz bestimmt, die 1911 stattfinden wird. Die Engländer hatten vorgeschlagen, die Konferenz im Anschluß an den Kongreß der englische Federation of Trade Unions in England abzuhalten.

Eine von Rumänien vorgeschlagene Protestresolution gegen die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der türkischen Regierung fand einstimmige Annahme. Von mehreren nicht vertretenen Ländern waren Begrüßungstelegramme und Schreiben eingegangen, so auch von der schwedischen Landeszentrale, welche infolge des großen Kampfes in diesem Lande einen Vertreter nicht entsenden konnte. In dem Schreiben wird besonders hervor gehoben, daß von vielen Ländern dem Appell an die internationale Solidarität für die kämpfenden schwedischen Arbeiter in großartiger Weise Folge geleistet worden sei.

Am Abend des letzten Konferenztages fand eine überfüllte, von etwa 4000 Personen besuchte Demonstration für den Frieden statt, in der die Vertreter von England, Deutschland, Italien, Spanien, Vereinigte Staaten und Frankreich das Wort nahmen.

Die 6. Internationale Konferenz hat die Entwicklung der internationalen Beziehungen der Gewerkschaften sicherlich um ein gutes Stück vorwärts gebracht. Trotz teilweise sehr weitgehender Meinungsverschiedenheiten wurde die Einheit bewahrt: die Ueberzeugung von der unbedingten Notwendigkeit guter internationaler Beziehungen der Arbeiter hat sich überall Bahn gebrochen. Dies wie auch die persönliche Aussprache über die Differenzpunkte ermöglichte teilweise eine Klärung der Meinungen oder auch eine Verständigung. Sicherlich werden die gefaßten Beschlüsse, wie der Vorsitzende Jouhaux (Frankreich) im Schlussworte betonte, eine weitere und raschere Stärkung und Entwicklung der gewerkschaftlichen Internationale zur Folge haben.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

Nicht allein durch die Zahl der dort vertretenen Arbeiter hatte der vor einigen Wochen statt gehabte letzte Kongreß der englischen Gewerkschaften eine große Bedeutung für das soziale Leben des Landes. Seit die englische Arbeiterklasse zur Betreibung einer selbständigen Arbeiterpolitik übergegangen ist und sich den Zutritt zum Parlament erobert hat, haben die Gewerkschaftskongresse, obwohl ihre unmittelbare praktische Bedeutung geringer ist, als man nach der Masse der organisierten Arbeiter, die dort ihren Willen kundgeben, annehmen sollte, auch eine politische Tragweite gewonnen. Namentlich die Haltung der Arbeitervertreter im Unterhause wird von den dort gefaßten Beschlüssen stark beeinflusst werden, wenn auch eine formelle Abhängigkeit der Fraktion vom Kongreß nicht besteht. Ein enges Verhältnis besteht zwischen dem Kongreß und der Arbeiterpartei, deren Führer Keir Hardie mit hohen Ehren und starkem Beifall aufgenommen wurde. Immerhin hat die eigenartige englische Entwicklung manche Besonderheiten mit sich gebracht, die den festländischen Arbeiterbewegungen mit ihrem schroffer ausgeprägten Gegensatz gegen die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung nicht verständlich oder sympathisch sind. Neben den Eröffnungsreden über die Bedeutung der Einladung für die Gewerkschaften und die unbesangenen angenommen werden. Ein Antrag, der die Ablehnung solcher Einladungen verlangte, wurde mit 1192 000 gegen 338 000 Stimmen — es waren die vertretenen Mitglieder gerechnet — abgelehnt, die Begründung, daß solche Feste oft aufgebaut seien auf Blut und Schweiß der Arbeiterklasse, mit Spott aufgenommen. So wird man auch in der entschiedenen Ablehnung jeder Beteiligung an der geplanten Territorialarmee nicht etwa Antimilitarismus im französischen Sinne erblicken dürfen. Es ist die Abneigung des Durchschnittsengländers gegen persönlichen Militärdienst und die Besorgnis, daß schließlich diese Bürgerwehr doch in Arbeitsfreistellungen als Handlangerin des Kapitals Verwendung finden werde, die hier entscheidend waren. So waren es gerade die ausgesprochen sozialdemokratischen Delegierten, wie Will Thorne, die für die Forderung einer Miliz im Sinne der Forderung des internationalen Kongresses eintraten.

Ausgesprochen gewerkschaftlichen Grund hatte auch das Vorgehen gegen den liberalen Eisenbahnerabgeordneten Bell, der gelegentlich einer im Parlament gegen eine Eisenbahngesellschaft, die das Koalitionsrecht ihrer in Vertrauensstellung tätigen Beamten nicht anerkennt, für die Gesellschaft Partei genommen hatte. Nur der entschiedene Ausdruck des Bedauerns und das Versprechen, sich künftig von der Aktion der gewerkschaftlichen

Vertreter nicht zu trennen, ersparte ihm das beantragte Labels-votum und die Aufforderung, seine Kandidatur nicht mehr aufzustellen. Wichtig ist dieser Zwischenfall dadurch, daß er zeigt, wie sehr die Stellung der alten Anhänger der liberalen „Schwanz-Politik“ der Arbeiter, deren einer der letzten Mr. Bell noch ist, ins Wanken geraten ist. Bekanntlich haben auch die Bergarbeiter ihre Duzend Abgeordnete veranlaßt, künftig in den Reihen der Arbeiterpartei ihren Platz im Parlament zu nehmen.

Der Kongreß, der angesichts einer Reihe von Regierungsmaßregeln oder Vorlagen nicht den Charakter einer Oppositionsveranstaltung trug, hatte sich mit einer großen Reihe sozialpolitisch wichtiger Fragen zu befassen. Er forderte die Einrichtung eines vollberechtigten Arbeitsministeriums; begrüßte die Schaffung der Alterspensionen, die er durch Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 60 Jahre, Beseitigung des Ausschlusses der Bezüher von Armenunterstützung vom Bezugsrecht u. a. verbessert wissen will; erklärte sich einverstanden mit der Schaffung von Schiedsgerichten zur Bekämpfung des Schlichtensystems; verlangte das Verbot des Kofst- und Logiswesens, der Konkurrenzklause und der „Vertrauenszeugnisse“ im Handelsgewerbe; das Verbot der willkürlichen Vertreibung von Landarbeitern aus Gutswohnungen — Edwards, der Vertreter des Landarbeiterverbandes, der besonders freudig begrüßt wurde, hatte das Exemplar eines Sklavenvertrags, wie Gutsbesitzer ihn abschließen, vorgelegt — und der Nütigung zur Räumung von Werkwohnungen während eines Lohnkampfes. Mit 753 000 gegen 712 000 Stimmen wurde der Regierungsbeitrag zur Arbeitslosenversicherung als Gefährdung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit abgelehnt.

Die Gründung einer großen Tageszeitung, die von den londoner Buchdruckern beantragt war, wurde abgelehnt, da die vorgeschlagene Aufbringung der Mittel durch private Zeichnung von Anteilsscheinen mißfiel. Warum man da nicht gleich die Errichtung des Betriebs auf gemeinsame Kosten beschloß, ist nicht ganz klar. Wenn die Rücksicht auf Gerichtsentscheidungen über die angebliche Unzulässigkeit der Verwendung von Gewerkschaftsmitteln zu solchen Zwecken im Wege stand, dann blieb eben nur das Mittel der Ausgabe von Einzelanteilscheinen. Lehnte man dies ab, dann war es doch angebracht, irgend ein anderes Mittel zu versuchen, anstatt die Sache wieder hinaus zu schieben. Tatsachen, die aus der letzten Zeit bekannt wurden: Die Ablehnung eines vor Streitarbeit warnenden Inserats von allen, auch den „arbeiterfreundlichsten“ Blättern; die vollständige Unvertraulichkeit der englischen Gewerkschafter mit den Einzelheiten des großen Kampfes in Schweden u. a. machen eine eigene Tageszeitung zur dringenden Notwendigkeit. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß die englischen Verbände Vermögen von mehr als 100 Millionen Mark liegen haben, daß in Schweden 16 Zeitungen sozusagen ohne Geld begründet worden sind. Aber das Wagen ist viel mehr die Sache englischer Gewerkschafter als das Wagen.

Doch mehr und mehr wird auch dieser, ebenso aus der geringeren Schärfe der politischen Unterdrückung wie aus der Ueberlieferung bereits geschwundener wirtschaftlicher Sonderstellung des Landes und nicht zumindes aus dem noch immer bestehenden Mangel an theoretischer Schulung in den Reihen der Arbeiter hervorgehende Selbstzustand überwunden. Noch immer ist die englische Gewerkschaftsorganisation, so sehr hinsichtlich der Organisationsform und mancher Zunftüberlieferungen vieles daran verrotten ist, im inneren Zusammenhang und in wirtschaftlicher Kraft jeder anderen ehebürtig. Die Zeit ist ferne, wo das englische Proletariat, so sehr auch der Zug immer eigenartig und von den übrigen Völkern abweichend sein wird, Schulter an Schulter mit der klassenbewußten Arbeiterschaft aller Länder, mit der es heute schon in so vielem einig geht, auch den großen Kampf um die völlige Ueberwindung des kapitalistischen Systems und die Herbeiführung einer genossenschaftlichen Produktionsweise mit klarem Bewußtsein und in allen Konsequenzen führen wird. Auch der verfloßene Kongreß hat mehr als einen Schritt in dieser Richtung vollzogen. —

Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1908.

1. Die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Der Umfang und Erfolg der Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird in erster Linie bestimmt durch die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften. Mit der zunehmenden Ausdehnung der Gewerkschaften mehrt sich naturgemäß auch die Zahl der Lohnarbeiter, die in Erkenntnis ihrer Klassenlage bestrebt sind, sich eine höhere Lebenslage zu erringen. Und diese Bestrebungen werden in um so größerem Maße von Erfolg begleitet sein, je stärker die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften ausgebaut ist.

Ohne Zweifel wird aber auch der Vollzug von Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erheblich beeinflusst durch den jeweiligen Stand der wirtschaftlichen Konjunktur. Mit dem Aufsteigen der letzten wirtschaftlichen Prosperitätsperiode, die zugleich im Zeichen beständig steigender Lebensmittelpreise stand, wuchs von Jahr zu Jahr die Zahl und der Umfang der stattgefundenen Bewegungen, die im Jahre 1906, dem Jahre der höchsten Produktionsentfaltung, ihren Höhepunkt erreichten.

Mit dem im Jahre 1907 einsetzenden wirtschaftlichen Niedergang trat auch ein Rückschlag in der Zahl der Bewegungen ein. Dieser Rückschlag kommt für das Jahr 1908 noch erheblicher zum Ausdruck als es im Jahre 1907 der Fall war. Kein Wunder! — Wurde doch das Jahr 1908 gekennzeichnet durch die tiefste Kurve des wirtschaftlichen Niederganges, welcher eine geradezu erschreckende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte.

Während die Zahl der Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eine starke Abnahme erfahren hat, ist andererseits die Zahl der Bewegungen gestiegen, die entstanden sind, um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Ein deutlicher Beweis dafür, daß die Arbeitgeber das Jahr der wirtschaftlichen Krisis in erhöhtem Maße benutzten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es zeugt von dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften, daß es diesen nicht allein möglich war, die Verschlechterungen erfolgreicher zurück weisen zu können als im Krisenjahr 1901, sondern noch darüber hinaus, trotz der ungünstigsten Verhältnisse, Erfolge in bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen.

Die Zahl der Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung beträgt im Jahre 1908 5887. Im Jahre 1907 fanden dagegen 8058 Bewegungen statt. Es ist demnach ein Rückschlag in der Zahl der Bewegungen von 2216 = 27,5 pCt. eingetreten. Doch ist die Zahl der Bewegungen noch höher als im Jahre 1905, welches 5659 Bewegungen aufwies.

In 8607 Fällen = 63,7 pCt. vollzogen sich die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung und waren daran 449 484 Personen beteiligt.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung dienten 3059 mit 401 334 Beteiligten der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. 548 Bewegungen mit 48 100 Beteiligten wurden veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer. Die Zahl der Angriffsbewegungen ist gegenüber dem Jahre 1907 um 1742 = 36,8 pCt. und die Zahl der daran beteiligten Personen um 106 394 = 21,0 pCt. zurück gegangen. Dagegen ist die Zahl der Abwehrbewegungen um 282 = 106 pCt. und die Zahl der darin beteiligten Personen gar um 80 593 = 174,7 pCt. gestiegen.

Die Angriffsbewegungen endeten in 1655 Fällen = 54,2 pCt. mit 122 981 Beteiligten = 30,6 pCt. erfolgreich, in 989 Fällen = 30,7 pCt. mit 168 495 Beteiligten = 42,0 pCt. teilweise erfolgreich und in 372 Fällen mit 91 156 Beteiligten erfolglos. 83 Bewegungen waren am Jahreschluß nicht beendet und von 10 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Diese 93 Bewegungen zählten 18 702 beteiligte Personen. Von den 548 Abwehrbewegungen war der Ausgang in 435 Fällen = 79,3 pCt. mit 36 491 Beteiligten = 75,8 pCt. erfolgreich, in 52 Fällen = 9,5 pCt. mit 3204 Beteiligten = 6,7 pCt. teilweise erfolgreich und in 61 Fällen mit 8404 Beteiligten erfolglos. Auch die Abwehrbewegungen endeten im Jahre 1908 häufiger als in dem Vorjahre. Immerhin ist zu berücksichtigen, daß die Erfolge dieser Bewegungen auch im Jahre 1908, trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur, außerordentlich große sind, demgegenüber die erfolglosen Bewegungen doch nur eine untergeordnete Rolle spielen.

An den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung waren 50 Verbände beteiligt. Die Ausgabe betrug 79 637 Mt.

Verbands-Angelegenheiten

Bekanntmachungen.

Die Einzelmitglieder, welche sich an Orten befinden, an welchen keine Zahlstellen bestehen, sind nach einer früheren Entscheidung des Vorstandes berechtigt, ihre Beiträge vierteljährlich begleichen zu dürfen. Diese Berechtigung ist auch nicht aufgehoben worden, seitdem die Einzelmitglieder nicht mehr der Hauptklasse, sondern den nächstliegenden Zahlstellen angehören. — Jedoch sind die Einzelmitglieder hiermit ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß für den Fall, daß Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld-Zuschuß usw. beantragt wird, überhaupt irgend welche Ansprüche

an den Verband gestellt werden, diese nur dann Anspruch auf Gewährung haben, wenn außer der Erfüllung der sonstigen statutarischen Voraussetzungen, die Beiträge bei Eintritt der Stellunglosigkeit soweit beglichen sind, daß nicht mehr als 6 Wochenbeiträge rückständig sind. Die Bestimmungen der §§ 20 Ziffer 1 und 24 Ziffer 1 des Statuts gelten für alle Mitglieder. Sie müssen demnach auch den Einzelmitgliedern gegenüber in Anwendung gebracht werden.

Joh. Schneider, Verbandschriftführer.

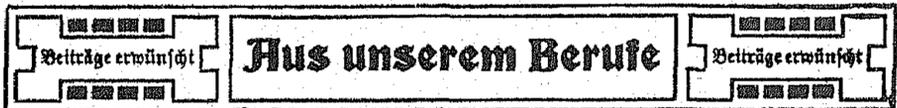
Unläßlich der bevorstehenden Entlassungen vom Militärdienst sei hiermit auf § 11 des Verbandsstatuts aufmerksam gemacht, wonach die vom Militär Entlassenen nur dann wieder in ihre alten Rechte als Mitglieder eintreten, wenn sich dieselben innerhalb 8 Tagen, zwecks Wahrung ihrer Rechte, beim Zahlstellenkassierer anmelden.

Die Verwaltungen und Mitglieder werden hiermit ersucht, die vom Militär Entlassenen auf vorstehende Bestimmung des Statuts aufmerksam zu machen.

Die Zahlstellenkassierer werden insbesondere ersucht, die erfolgten Anmeldungen unverzüglich an die Hauptkasse einzusenden.

Anträge auf Unterfügungen, Jahrgelder usw. seitens der vom Militär Entlassenen, können nur dann Berücksichtigung finden, wenn die Anmeldung bei der Hauptkasse bereits erfolgt ist.

Joh. Schneider, Verbandschriftführer.



Altwasser. In kurzen Unterbrechungen wiederholen sich in dem Betriebe der Firma C. Tielisch & Co. die Streitigkeiten zwischen unseren Verbandskollegen und der Direktion. Diese Differenzen finden ihren Grund zumest darin, daß die Direktion auf diese oder jene Weise gegen organisierte Kollegen wegen deren Zugehörigkeit zu unserem Verbandsverbande vorgeht. Es ist ja schon lange kein Geheimnis mehr, daß Herr Tielisch wie seine Beamten nur von dem Koalitionsrecht der Kollegen etwas wissen wollen, welches den Herren gefällt. Selbst organisiert sein kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin. Aber gegen unsere Verbandsmitglieder geht man offen oder versteckt vor. Wie oft kam es nicht schon wegen der Auszahlung der einbehaltenen Prozente an gekündigte organisierte Kollegen zwischen diesen und der Firma zu Streitigkeiten? So auch jetzt wieder, als die Direktion einen Kollegen entließ, für dessen Entlassung sie keinen Grund angeben wollte. Ferner erhalten einige Arbeiter auf ihr Ansuchen Urlaub, für welchen dann aus einer Stiftung des Besitzers der Fabrik ein Teil oder der ganze Betrag des auf die Urlaubszeit entfallenden Verdienstes dem Beurlaubten gezahlt wird. Verbandsmitglieder sind — nach einer Auslassung des Direktors auf Verfügung des Herrn Tielisch — von dieser „Wohlfahrt“ im vornherein ausgeschlossen. Wodurch nur wiederum bewiesen wird, daß diese „Wohlfahrts“-Einrichtungen nichts mehr sind als bloße Mittel zur Unterdrückung der Unzufriedenheit der Arbeiter. Die Direktion hat aber seitens der Arbeiter diese Wohlfahrtsmaßnahmen, dann tun die Herren gewaltig verlegt und entrüstet. Besonders die Herren Direktoren, Beamten usw. bei Tielisch. Und doch steht bei allen ihren scheinbar arbeiterfreundlichen Maßnahmen irgend ein Hinterfuß gar zu deutlich hervor. — Ebenso ist es mit der Gegnerschaft der Direktion gegen unseren Verband. Auf der einen Seite klagt die Direktion, daß keine organisierten Arbeiter nach Altwasser kommen und auf der anderen Seite macht man es Kollegen, die dort Arbeit erhalten sollen, zur Bedingung, daß sie unserem Verbandsverbande nicht angehören dürfen. Ein uns vorliegendes Schreiben der Firma an einen unserer Kollegen beweist das; denn es heißt in diesem Engagementsbrief: „Auf Ihre Bewerbung vom . . . teilen wir Ihnen mit, daß Sie bei uns Beschäftigung als Maler erhalten können, wenn Sie nicht Mitglied des Berliner Verbandes sind.“ Der gesperrt gesetzte Nachsatz ist auch in dem Originalschreiben unterstrichen. — Im übrigen drohte der Direktor unsere Verbandsmitglieder ganz offen mit der Aussperrung. Nun, wir sind diese Drohungen in Altwasser mit der Zeit schon so gewöhnt geworden, daß uns ihre Verwirklichung nicht schrecken kann. Jedenfalls irrt die Direktion, wenn sie glaubt, durch solches

Nadelstiche bei unseren Kollegen zu ihrem Ziel zu kommen. Wir sehen der Entwicklung der Dinge ruhig und gefaßt entgegen. Um jedoch nicht noch weitere Kollegen den unberechenbaren Entschlüssen, Verfügungen und Ansichten der Direktion auszuliefern, hat der Vorstand beschlossen, über die Firma C. Tielisch & Co. die Sperrung zu verhängen.

Alma bei Triotis. Die „Porzellan-Industrie-Gesellschaft“ Berghaus, die erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit besteht, fabriziert auch Isolatoren. In welcher Weise diese Firma dabei die Konkurrenz überflügeln will, läßt die uns zugegangene Schilderung dort beschäftigt gewesener Kollegen erkennen. Es wurde den Kollegen versprochen, daß sie im Accord arbeiten sollten. Nur im Falle von Materialmangel sollte für einen Stundenlohn von 40 Pfg. gearbeitet werden. Wie sahen nun aber die Accordpreise für Isolatorenarbeiter aus? Es wurden zwei Sorten Isolatoren in Arbeit gegeben. Für die eine Sorte erhielt der Dreher 1,80 Mk., für die andere 1,30 Mk. Frauen sollten dann die Stücke für 80 respektive 70 Pfg. abdrehen, so daß alles in allem die Isolatoren 2,60 Mk. oder 2,— Mk. kosten würden. Das wäre nur die Hälfte von dem Preise, der in allen anderen deutschen Fabriken für dieselben Artikel gezahlt wird. Als unsere Kollegen sich weigerten, für diesen Preis zu arbeiten, wurden sie entlassen. Da keine Kündigungsfrist bei Berghaus besteht, waren die Kollegen sofort arbeitslos. Berghaus ist der Meinung, er könne sich jeden Arbeitslosen von der Straße zum Isolatorenarbeiten an die Scheiben setzen. Und Leute, die soviel von der Herstellung guter Isolatoren verstehen, maßen sich an, für diese Arbeit, für deren Wertschätzung ihnen anscheinend jeder Maßstab fehlt, willkürlich einen Preis fest zu setzen, der jeder vernünftigen Berechnung Hohn spricht. Ueber die Firma Berghaus ist die Sperrung verhängt. Wir erwarten von allen Kollegen und Kolleginnen, daß sie in ihrem eigenen Interesse den Zugang nach Alma unterlassen.

Elmshorn. Ueber die beiden letzten Berichte, welche die jüngsten Entwicklungen der Preisdifferenzen in seinem Betriebe behandelten, fühlte sich der freisinnige Stadtrat und Reichstagsabgeordnete Herr Carstens arg verschmüpft. Als er von seiner Nordlandreise zurück kam, fuhr er den Arbeiterausschuß hart an und er bellagte sich, daß man ihn öffentlich so mit „Dreck beschmiere“. Herr Carstens zankte dann weidlich auf die „Arbeitschmierer“, und er bestritt „seinen“ Arbeitern das Recht, sich über die Zustände in dem Betriebe öffentlich zu beschweren. Dabei vergißt der freisinnige Herr Abgeordnete, daß er ja zuerst allerlei Geschichtchen aus seinem Betriebe von der Reichstagstribüne herab zum Besten gegeben hatte. Doch bei Carstens ist, wenn zwei daselbe tun, dasselbe eben nicht dasselbe. — Schließlich ging dann Herr Carstens in seinem Unmut so weit, daß er den Arbeitern vorschlug, sie sollten einmal auf einige Monate den Betrieb übernehmen, um zu sehen, wie weit sie kämen. — Herr Carstens sollte diese Probe nur einmal aufs Exempel machen. Er würde sich vielleicht wundern, bei dieser Gelegenheit erkennen zu müssen, wie überflüssig ein Fabrikant und seine Beamten, Handlanger und Antreiber sein können. Aber die Herren hüten sich vor diesem Experiment. Sie halten sich selbst für unerschlich und möchten auch bei den Arbeitern diesen frommen Glauben nicht zerstören. — So sehr Herr Carstens sich aber auch über unsere letzten Artikel ärgerte, so wenig dachte er daran, den Wünschen der Arbeiter auf Aufhebung der früher erlassenen Sperrung nachzugeben. Nur ärgerte sich er über die Sperrung der Arbeiter nicht zu Unrecht.

Für Schweden gingen aus Kollegentreisen bei der Gewerkschaftskommission noch bis zum 4. September ein: Bon Gisterwerda 15 Mk., Margarethenhütte 25 Mk., Grünhain 21,80 Mk., Rheinsberg 25,10 Mk., Farge 7,60 Mk., Sigendorf 10,40 Mk. und von Boddamm 30 Mk. Bereits quittiert waren 1350 Mk.

Kopenhagen. Der Reingewinn der Königl. Porzellanfabrik und Fayencefabrik „Alumina“, beläuft sich für das Jahr 1909 auf 191274 Kr. Davon kamen als Dividende 6% zur Auszahlung. Der Gesamtumsatz betrug 1 571 000 Kronen.



Eine Aussperrung der Holzarbeiter in Südwestdeutschland hat der Verband der Schreinermeister und die Landesorganisation badischer Schreinerinnungen beschlossen. Diese Maßregel soll sofort durchgeführt und so lange aufrecht erhalten werden, bis der Streik der Holzarbeiter in Mannheim-Ludwigshafen und Heidelberg als beendet erklärt wird.

Das Reichsdefizit. Die Ergebnisse des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1908 werden jetzt nach dem Finalabschluß der Reichshauptkasse amtlich im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Darnach sind im ganzen an ordentlichen Einnahmen 185 115 000 Mark weniger aufgetommen. Da der Ausgabebedarf um 63 119 000 Mark hinter dem Anschlag zurückgeblieben ist, so ergibt sich ein Fehlbetrag von 121 996 000 M. Das eröffnet trübe Aussichten für die Zukunft. Es sind zwar eben 500 Millionen neuer Steuern bewilligt worden, aber voraussichtlich wird deren Ertrag nicht unerheblich hinter den Schätzungen zurück bleiben. Die Befürchtung, daß in nicht zu ferner Zeit eine neue Steuerreform, daß heißt eine noch stärkere Schröpfung der Massen kommen wird, ist nur zu begründet.

Der Streik in Schweden erfuhr am 6. September dadurch eine Einschränkung, daß auf Veranlassung der Streikleitung bei den nicht im Arbeitgeberverband organisierten Unternehmern die Arbeit nach und nach wieder aufgenommen wurde. Trotzdem blieben in der zweiten Septemberwoche noch über 150 000 Arbeiter im Kampfe, dessen vollständige Beilegung jedoch in Aussicht steht; denn die letzten Nachrichten, die zur Zeit vorliegen, melden: Die Regierung hat beschlossen, in dem Streit zu vermitteln. Gleichzeitig wurde die früher von der Regierung eingesetzte Kommission, die Vorschläge über gesetzliche Bestimmungen betr. ein Arbeitsübereinkommen ausarbeiten sollte, aufgelöst und dem Justizministerium der Auftrag erteilt, auf Grund der Vorarbeiten der Kommission einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten, der nächstes Jahr dem Reichstag unterbreitet werden soll. — Dieses Eingreifen der Regierung lag nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter im eigensten Interesse der schwedischen Unternehmer, deren Reihen stark zu wanken begannen. Das Zögern der Regierung, zwischen dem Arbeitgeberbund und der Landesorganisation der Gewerkschaften zu vermitteln, hatte bewirkt, daß mehrere Unternehmer die Aussperrung gebrochen und die Arbeit aufgenommen haben. Ungewiß ist, ob ein Vertrag zwischen beiden Teilen möglich ist, dessen Ausbleiben für die Unternehmer noch schlimmer als für die Arbeiter wäre.

Die Bergarbeiterlöhne sind in den Bezirken des Ruhr-Kohlengebietes im 2. Vierteljahre 1909 bedeutend zurück gegangen. Während im 2. Quartale 1908 auf jeden Arbeiter 75 verfahrene Schichten mit einem Durchschnittslohn von 4,82 M. entfallen, kommen im 2. Vierteljahre 1909 auf den Arbeiter 74 Schichten mit einem Durchschnittslohn von 4,45 M. Im 1. Quartale dieses Jahres wurden 72 Schichten pro Mann verfahren mit einem Durchschnittslohn von 4,56 M. — Dieselbe Geschichte zeigt sich aber auch in den meisten Gewerben und Industrien, und es ist mehr als ein harmloser Schwindel, wenn die bürgerliche Welt behauptet, daß die Arbeiter die Lebensmittelverteuerung durch die erhöhten Löhne nicht merken.

Die Bevölkerung des Deutschen Reichs wird im „Statistischen Jahrbuche für das Deutsche Reich“ zurzeit auf 63 886 000 Personen geschätzt. Für Mitte vorigen Jahres betrug die Schätzung 62 982 000, so daß also im Laufe eines Jahres eine Zunahme um etwa 900 000 Köpfe zu verzeichnen wäre. Die Volkszählung am 1. Dezember 1905 ergab 60 641 278, was beträgt die Vermehrung in nicht ganz 4 Jahren $3\frac{1}{4}$ Mill. Köpfe.

Der ortsübliche Tagelohn für Berlin wurde von dem Präsidenten der Provinz Brandenburg für männliche Personen über 16 Jahre von bisher 2,90 M. auf 3,60 M., für solche unter 16 Jahren von bisher 1,40 M. auf 1,80 M., für weibliche Personen über 16 Jahre auf 2,20 M. (bisher 1,60 M.) und für Mädchen unter 16 Jahren auf 1,40 M. (bisher 1,10 M.) erhöht. Die neuen Tagelohnsätze treten jedoch erst mit dem 1. April nächsten Jahres in Kraft und gelten, wie alle ortsüblichen Tagelöhne überhaupt, als Grundlage zur Bemessung des Krankengeldes und der Beiträge bei der Gemeindekrankenversicherung wie auch zur Berechnung des Krankengeldes der freien Hilfsklassen, die dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes unterstellt sind. Ferner gelten diese Sätze als Mindestsätze zur Berechnung der Unfallrente für alle Personen, deren Lohn geringer ist als der für ihr Alter und Geschlecht festgesetzte ortsübliche Tagelohn.

Kapital, Arbeit und Krise. Kürzlich bemühte sich ein Unternehmerorgan um den Nachweis, daß in der gegenwärtigen Krise das Unternehmertum mehr gelitten habe, als die Arbeiterschaft. Wie es mit den Leiden dieser Armen in der für die Arbeiterklasse und ihre wirtschaftlichen Organisationen so schweren Zeit in Wirklichkeit bestellt war, davon gibt eine vom Statistischen Amt des Deutschen Reiches veröffentlichte Arbeit über die finanzielle Gebarung der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1907/08

ein treffendes Bild. Nach dieser Statistik gab es am 30. Juni 1908 in Deutschland 5166 tätige Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 14 420 Millionen Mark, 4578 davon waren reine Erwerbsgesellschaften; sie hatten am Ende ihres Bilanzjahres ein eingezahltes Aktienkapital von 12 788,8 Millionen Mark. Von diesen 4578 Gesellschaften arbeiteten 3906 mit Jahresgewinn, 598 mit Jahresverlust und 74 ohne Gewinn und Verlust. Der Gewinn betrug 1351,4 Millionen Mark, der Verlust 71,4 Millionen Mark, so daß sich der Jahres-Mehrgewinn auf 1280 Millionen Mark berechnet. Es ergibt sich hieraus für das Aktienkapital eine Rentabilitätsziffer von 10,1 v. H. oder unter Berücksichtigung der Reserven von 8,4 v. H. Die günstigste Rentabilitätsziffer hatten — die Reserven mit berücksichtigt — die Gesellschaften der chemischen Industrie mit durchschnittlich 14,9, demnächst die der Textilindustrie mit 12,4 v. H. und die Versicherungsgesellschaften mit 11,6 v. H. Berücksichtigt man nur die tatsächlich verteilten Dividenden, was vom Standpunkt des Aktionärs wichtiger ist, so ergibt sich, daß dies 3425 Gesellschaften — also 74,8 v. H. aller — waren, die zusammen 1022,6 Millionen Mark Dividende verteilten. Es macht dies 8,1 v. H. des dividendenberechtigten Aktienkapitals aller 4578 Gesellschaften oder 9,2 v. H. des dividendenbeziehenden Aktienkapitals. Natürlich kommt in diesen Ziffern der von der Arbeiterschaft erzeugte Mehrwert noch lange nicht zum Ausdruck. Handelsprofit und Grundrente erscheinen ja nicht mit in der Dividende und der Staat verlangt auch seinen Tribut. Der wirkliche Gewinn des Kapitals, der wirklich ausgepreßte Mehrwert, ist um ein Vieles größer. Auf der anderen Seite hat das Proletariat fürchtbar gelitten durch die ungeheure Arbeitslosigkeit, verbunden mit einer wucherischen Steigerung der Lebensmittel- und der Wohnungspreise. Wenn die krasse Not hier und da nicht so auffällig erschien, so nur dank der tatkräftigen Hilfe der gewerkschaftlichen Organisationen. Die organisierte Arbeiterschaft hat sich über diese Jahre der Krise, so weit es ging, aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln weggeholfen; hannen konnte sie das Elend natürlich nicht. Das Kapital aber hat von dem „ersparten Entbehrungslohne“ gegehrt und noch obendrein gewaltige Profite eingesteckt, wie die Statistik zeigt.

Organisierte Tänzerinnen. Eine gewerkschaftliche Organisation der Balletteusen hat vor kurzem in Paris das Licht der Welt erblickt. Die Balletttänzerinnen haben sich zu einer Gewerkschaft zusammen geschlossen und wollen in den Lohnkampf eintreten. Der Klassenkampf der kleinen Ballettratten! Mancher blasierte Lebemann möchte darüber lachen und doch ist die Sache ernst. Die Tänzerinnen wollen ein menschenwürdiges Dasein. Sie sind schlecht bezahlt. Für die zahlreichen Probeabende bekommen sie sogar keinen Heller. Wenn sie bei der Theaterdirektion eine Gehaltserhöhung verlangen, so werden sie — auf die Herren angewiesen, die um ihre Liebe werben. Die Prostitution soll sie erhalten. Dazu müssen sie noch die Kosten für ihre Kleider tragen. Gegen diese schamlose Ausbeutung lehnen sie sich nun auf und verlangen ein festes Gehalt von 180 Francs pro Monat aufwärts. Balletteusen und Tanzlehrer und -Lehrerinnen treten der neugegründeten Gewerkschaft bei. Aber die Namen sollen nicht bekannt gegeben werden, damit die Theaterbespoten sie nicht sofort maßregeln. Noch fehlt den Kämpferinnen der Mut des offenen Kampfes, die Gewerkschaft wird sie schon ermutigen.

Späher und moralisch minderwertige Menschen. Das ist dem Gefindel nun auch einmal gerichtlich bestätigt worden. In einer Sitzung des Gewerbegerichts Hannover äußerte sich der Vorsitzende Gerichtsassessor Dr. Warmbold bei der Begründung eines Urteils: Es sei bedauerlich, daß die Parteien sich nicht außergerichtlich geeinigt hätten. Es sei das um so bedauerlicher, als der Beweggrund des Klägers zur Niederlegung der Arbeit kein unmoralischer gewesen sei. Der Kläger habe mit Streitrechern nicht zusammen arbeiten wollen. Streitrecher seien, wie dem Gericht bekannt sei, meistens moralisch minderwertige Menschen, die nach dem Streit wieder verschwänden und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielten.

Wanderunterstützung. Für Bayern veröffentlicht das Ministerium des Innern eine Mitteilung, der zu entnehmen ist, daß nach der zu Beginn des Jahres veranstalteten Zählung am 31. Dezember 1908 in Bayern 295 öffentliche Wanderunterstützungsanstalten bestanden, von denen 88 den Arbeitszwang, 71 die Arbeitsvermittlung und 121 den Wanderschein eingeführt hatten. Naturalverpflegung gewährten 161, Geldverpflegung 116, gemischte Verpflegung 18 Anstalten. Unterhalten wurden 118 Anstalten von Distrikten (darunter 102 Naturalverpflegungsstationen), 110 von Gemeinden und 72 von Vereinen. Auf Oberbayern entfielen 74 Anstalten (darunter 59

Geldverpflegungstationen, davon 39 im Amtsbezirke Laufen), auf Niederbayern 32, auf die Pfalz 29, auf die Oberpfalz 15, auf Oberfranken 22, auf Mittelfranken 47, auf Unterfranken 28 und auf Schwaben 48. Im Jahre 1908 wurde eine Verpflegung in 28 753 Fällen verweigert und in 576 637 Fällen gewährt. Von sämtlichen Verpflegungsfällen treffen 39 328 auf landwirtschaftliche Arbeiter, 316 367 auf Handwerker, 67 339 auf Bau- und Erdarbeiter, 56 772 auf Fabrikarbeiter, 16 862 auf Handlungsgehilfen, 79 969 auf sonstige Durchreisende und Personen unbekanntes Berufs. Verpflegt wurden 213 981 bayerische Staatsangehörige, 213 021 sonstige Reichsangehörige, 101 059 Ausländer und 48 576 Personen unbekannter Staatsangehörigkeit. Der Gesamtaufwand der öffentlichen Wanderunterstützungsanstalten im Jahre 1908 betrug 310 803 Mk., wovon 241 516 Mk. für Verpflegung ausgegeben wurden. Die Einnahmen betragen 335 032 Mk., hierunter 55 565 Mk. von Privaten, 2013 Mark von Innungen und Fachvereinen, 13 641 Mk. von sonstigen Vereinen, 63 311 Mk. von Gemeinden, 101 374 Mk. von Distrikten, 17 787 Mk. von Kreisgemeinden, 1485 Mk. aus Wanderschnehen. Den bestehenden Kreisverbänden waren am Ende des Jahres 1908 161 Wanderunterstützungsanstalten angeschlossen.

Woraus besteht die Sonne? Im letzten Heft des „Astrophysical Journal“ hat der Physiker Hermann Schulz, entgegen anderen Anschauungen, wieder einmal die Behauptung verfochten, daß der Kern der Sonne sich in flüssigem Zustande befinde. Diese Theorie wurde von dem berühmten Kirchhof aufgestellt und dann von dem Astronomen Jöllner mit einigen Abänderungen vertreten. Seitdem sind namentlich die Untersuchungen über die Temperatur der Sonne weiter fortgeschritten und haben zu neuen Zweifeln geführt. Gerade aus ihren Ergebnissen, wonach die mittlere Temperatur der Sonne ungefähr 5400 Grad wäre, zieht Hermann Schulz den Schluß, daß ein flüssiger Sonnenkern alle Eigenschaften unseres Muttergestirns am besten erklärt. Fast gleichzeitig haben die „Astronomischen Nachrichten“ noch eine weitere Sonnentheorie veröffentlicht, die den russischen Astronomen Amastunsky zum Urheber hat. Dieser will die Beobachtungen an den Sonnenflecken, den von diesen gebildeten Zonen, den Ausbrüchen von glühenden Metalldämpfen und Gasen usw. dadurch erklären, daß die Sonnenflecken durch das Entweichen erhitzten Dampfes aus den niederen Schichten der Sonnenatmosphäre verursacht und daß die dadurch entstehenden trichterförmigen Löcher mit Wolken der Photosphäre ausgefüllt werden.

Eine neue Fleischenerung. Nicht genug, daß der neue Steuerlegen sich jetzt in unsren Taschen bemerkbar macht, daß wir schon seit längerem erhöhte Getreidepreise zu spüren haben, kommt zu allem auch noch eine merkliche Steigerung der Schweinepreise. Schweinefleisch steht ohnehin schon außerordentlich hoch im Preis, eine abermalige Verteuerung dieses wichtigen Nahrungsmittels ist, zumal im Zusammenhang mit den anderen beträchtlichen Preissteigerungen äußerst bedenklich. Die Schweinepreise sind gegenwärtig nicht nur wieder höher als in den letzten zwei Jahren, sondern selbst als im Jahre 1906, in dem bekanntlich die Schweinepreise einen ausnahmsweise hohen Stand erreicht hatten. Ueberblickt man die Bewegung der Schweinepreise in 21 deutschen Städten während der letzten drei Jahre, so ergibt sich, daß Schweine und zwar 100 Pfd. Lebendgewicht, jemalig Ende Juli folgende Preise hatten: 1906: 51-75 Pf., 1907: 51-71 Pf., 1908: 40-63 Pf., 1909: 35-77 Pf. Die Preise scheinen, als ob der niedrigste Preis 1909 jeder Preise als 1906. Ueberblickt man indes die Bewegung der Preise an den einzelnen Märkten, so ergibt sich als Durchschnittsbild zweifellos eine durchgängige Verteuerung gegen 1906. Eine Uebersicht über die einzelnen deutschen Großstädte ergibt ganz deutlich, daß im Durchschnitt die Schweinepreise gegenwärtig schon wesentlich über dem Niveau des Jahres 1906 stehen. Durch die Lebensmittel- und Lebenshaltungsverteuerung gerät das deutsche Volk in Kalamitäten, deren Wirkungen unabsehbar sind.

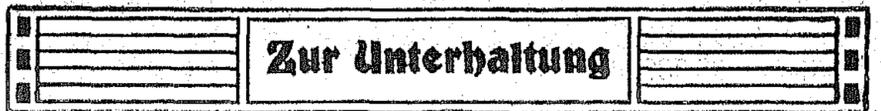
Zur Entdeckung des Nordpols. Um den Ruhm, den Nordpol entdeckt zu haben, streiten sich jetzt die Amerikaner Cool und Peary. Und doch reicht der Kampf um den Nordpol schon Jahrhunderte zurück. Vor mehr als drei Jahrhunderten, im Jahre 1594, erreichte J. R. Davis und William Barluts eine Nordbreite von 77 Grad 20 Minuten, 1607 kam Hudson bis 80 Grad 23 Minuten. Die wichtigsten der späteren Expeditionen sind: 1778 Kapitän Phipps bis 80 Grad, 1806 Scoresby, 81 Grad 30 Minuten, 1827 Parry, 82 Grad, 1876 Kapitän Markham, 83 Grad, 1881-84 Greely, 83 Grad 23 Minuten, 1893-96 Fridtjof Nansen, 86 Grad 14 Minuten, 1899-1900 Herzog der Abruzzen, 86 Grad 33 Minuten, 1906 Peary, 87 Grad, 1908 Cool und 1909 Peary bis zum Pol. Während

Nansen dem Pol bis auf etwa 460 Kilometer, der Herzog der Abruzzen bis auf 382 Kilometer nahe kam, gelangte Peary, der in den Jahren 1901, 1902 und 1906 Nordpolfahrten unternahm, auf der letzten bis auf 325 Kilometer an den Pol heran, jetzt hat er ihn ganz erreicht.

Amerikanische Baukunst. Ein neues Weltwunder amerikanischer Bautechnik soll im nächsten Jahre New-York erhalten, ein „Haus“ von 62 Stockwerken und nicht weniger als 300 m Höhe. Der Bau, der für die Equitable-Lebensversicherungsgesellschaft errichtet wird, wird nach den Plänen des Chicagoer Ingenieurs Burnham aus Stahl und Beton hergestellt. In dem Gebäude sollen 6000 Geschäftsräume untergebracht werden. Es besteht zunächst aus einem ungeheuren, 35 Stockwerke hohen Würfel mit je 40 Fenstern Front nach jeder Seite. Aus der Mitte dieses Würfels steigt ein zweiter, etwas schmalerer, mit 16 Stockwerken und 30 Fenstern Front nach jeder Seite auf. An den vier Ecken, 200 m über dem Straßenniveau, erheben sich hübsche Säulenpavillons mit aufgesetzten Kriesenlaternen. Ueber den Mittelbau steigt ein noch schmalerer dritter empor mit neun Stockwerken und neun Fenstern nach jeder der vier Seiten. Darüber kommt als Dach eine an 50 m hohe Stiehlpyramide mit hübschen vorspringenden Mansarden und zusammen 30 Fenstern. Im ganzen enthält dieses stählerne Ungetüm also 8090 Fenster. Die Krönung des Ganzen bildet ein Säulenpavillon, so hoch und so breit wie eines unserer vierstöckigen Häuser, und darüber ein gerippter steller Dom. Der Säulenpavillon wird von Terrassen umgeben, und auch die Dächer des untern und mittlern Baues werden Terrassen bilden, die, zu Dachgärten eingerichtet, den Bewohnern des 35. bis 60. Stockwerks Gelegenheit zu Promenaden geben, ohne daß dieselben nach New-York hinunterzufahren brauchen. Das Gebäude wird 38 elektrische Aufzüge erhalten, darunter 24 für den „Lokalverkehr“, die bis zum zwölften Stockwerk in jedem einzelnen Stockwerk anhalten. Andre werden diese zwölf Stockwerke durchfliegen und dem Lokalverkehr zwischen dem 18. und 20. Stockwerk dienen. Die übrigen sind für den „Fernverkehr“ bestimmt mit der ersten „Station“ im 30., 50. oder 60. Stockwerk. Die Pläne zu diesem Wolkenkratzer, dessen Kriesenhaftigkeit alle ähnlichen Bauwerke weit hinter sich läßt, und dessen Höhe nur wenige Meter hinter dem Pariser Eiffelturm zurückbleibt, liegen dem New-Yorker Magistrat bereits vor, und es ist kein Zweifel, daß auch dieses Projekt wie alle früheren genehmigt wird.

England. Nach der letzten Statistik des britischen Genossenschaftsbundes zählte man in Großbritannien im Vorjahre 1560 Genossenschaften mit 2 516 184 Mitgliedern, 797 879 520 Kronen Geschäftsanteilen 2 581 215 696 Kronen Umsatz und 281 487 528 Kronen Reingewinn. Von den rund 40 Millionen Einwohnern Englands ist ungefähr ein Fünftel genossenschaftlich organisiert. Jedes Mitglied ist durchschnittlich mit 300 Kronen am Geschäft beteiligt und hat durchschnittlich 50 Kronen Spargelder eingelegt.

Schweiz. Dem freien Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter der Schweiz haben sich die Polizeisten in Basel angeschlossen. Wo bleibt nun der Schutz der Ordnung.



St. Louis

Siehe, die Unterhaltung von der interessante Schilderungen nordamerikanischen Großstädte gegeben, von denen wir nachstehende interessante Abhandlung unsern Lesern unterbreiten:

An den eintönigen kahlen Ufern des Mississippi liegt St. Louis. Vor mehreren Jahren trat diese Stadt mit zwei Rundmachungen vor die Welt: daß sie der schlechteste verwaltete Ort der ganzen Union sei und daß die ganze Welt eingeladen sei zur Ausstellung zu kommen, um sie zu sehen. Den Ruf, die schlimmste Korruption zu besitzen, hatte St. Louis weniger wegen der Größe der öffentlichen Diebstähle bekommen, denn darin ist Philadelphia, die fromme Quäkerstadt, nicht zu schlagen, sondern eher, weil die Bevölkerung sie passiv unterstützte, darüber witzelte. In anderen Städten hörte man nach Aufdeckung der Schande doch wenigstens für einige Zeit das bürgerliche Gewissen schlagen und die Wahlen brachten immerhin momentan so etwas wie eine Reform zustande. Nicht so in St. Louis. Dessen Bevölkerung kannte die Diebstähle der langfingerigen Insassen der beiden Kaschemmen, des Stadtrats und des Gemeinderats, sie mußte oder hätte wissen müssen von jedem unsauberen Geschäft. Aber sie tat nichts. Im Gegenteil. Sie wählte fortgesetzt dieselben Langfinger wieder und spaßte über deren smartness, wenn wiederum ein Raub gelungen, ja, sie

ließ die Clique auch im Amt und beim Diebstahl, als sie zum Teil schon angeklagt und selbst verurteilt worden war. Die Schamlosigkeit dieser Stadt war einfach pyramidal: ihre Bürgerschaft war mit der an ihr vollzogenen Ausraubung einverstanden und bestätigte das am Stimmlasten. Anderwärts vollzogen die Repräsentanten des Volkes die Raubzüge bei dunkler Nacht, in St. Louis am hellen Tage, dort mit diplomatischen Gesten und ohne Anrufung der Hilfe Gottes, hier in handgreiflich plumper Weise und mit frommem Gebet. Doppelt gerichtet hält besser. Der Boß Butler betete inbrünstig, nachdem er die Bestechungsgelder in Sicherheit gebracht, daß die Bill, wofür er bezahlt war, glatt durchgehe. Die Ermählten des Volkes waren „total unfähig, die Bedeutung eines gesetzlichen Aktes zu verstehen“ (Steffens) aber dafür waren sie in einem „Combine“ straff organisiert und von dem Irishman Butler, einem ehemaligen Hufschmied, bei ihren Raubzügen gut geführt und streng gehalten.

Es kommt ja, wie in St. Louis, so ziemlich in allen größeren Städten Amerikas vor, daß die Beamten Lizenzen ausstellen und den Erlös dafür in ihre Privattasche stecken, daß der Inhalt der Stadtkasse gegen Zinsen ausgeliehen wird, die ihren Weg in Privatbeutel finden, daß die städtischen Fuhrwerke von den Weibern und Kindern der Stadtbeamten als Privateigentum betrachtet und benutzt werden, daß die Rechnungen der Armenverwaltung die Buchung von leckeren Gerichten und französischen Weinen aufweisen, während die Armen elend vegetieren, daß dem einen Stadtratsmitglied die Lieferung der Lebensmittel, dem anderen die der Druckmaschinen, wieder einem anderen die der Arznei zugeschanzt werden. Hierin machte also St. Louis keine Ausnahme. Worin sie aber die anderen Kommunen übertraf, war, daß bei ihr eine Stala in Kraft war, die die Summen vorschrieb, die an die Stadtväter oder Beamten zu zahlen waren, ehe eine Abstimmung vorgenommen oder eine Erlaubnis gegeben wurde. Es mußte gezahlt werden für die Begünstigung einer Vorlage oder für die Opposition oder für die Enthaltung bei der Abstimmung. Abgesehen von geringen Ausnahmen „wurde keine Konzession bewilligt, keinem Ansuchen stattgegeben, ohne daß den Stadtvätern der Beutel gefüllt“ werden mußte. Durch die Preisliste wurde der Diebeshande ein regelmäßiges, hohes Einkommen sicher gestellt.

Die schwärzesten Jahre waren 1898, 1899 und 1900. Ausländische Korporationen erschienen zur Teilnahme an der Ausraubung der Stadt. Gerechtfame, die nach Millionen zu bewerten sind, wurden bewilligt, ohne daß dafür für die Stadt eine Entschädigung gefordert worden wäre. Korporationen, die sich weigerten, die Stadtväter zu bereichern, mußten fortziehen, die Bürger wurden mit größter Frechheit geplündert. Die städtische Lohnliste wies mehr Namen von nichtexistierenden Personen auf, öffentliche Arbeiten wurden noch mehr vernachlässigt, während das dafür bestimmte Geld in die Säcke der Gemeinderäte wanderte.

Nur ein paar Beispiele: Während der Amtstätigkeit des Bürgermeisters Ziegenhein blieb die Stadt wochenlang in Dunkelheit, weil die Bestechungssumme (175 000 Dollar), die die Stadtväter für die Votierung des Beleuchtungsvertrages verlangten, ihnen noch nicht geliefert war. Die über den Lichtmangel klagenden Bürger wies ihr Oberhaupt mit den Worten ab: „Geht zum Mond!“ Im Gemeinderat eröffnete der Präsident die Sitzung ungefähr so: „Gentlemen, vor uns liegt die Frage (wir) Straßenbahnvorlage. Wieviel sollen wir dafür bezahlen?“ Die Vorschläge schwankten zwischen 40 000 und 100 000 Dollar. Die mittlere Summe wurde gefordert und vertelt, der „Boß“ erhielt die Hauptsache, seine Gesellen den Rest zu ungleichen Teilen. Daraus entsprangen gar oft Zerwürfnisse, gegenseitiges Belämpfen mit Revolvergeklirr, daß durch ein Kompromiß in Händegeschüttel gewandelt wurde. 1898 bewarben sich zwei Korporationen um Bahnkonzessionen. Die eine spendete 250 000 Dollar an die Stadtväter, die andere nur 115 000. Die erstere erhielt die Erfüllung ihres Gesuchs. Bei dieser Gelegenheit (Central Traction) hatten Stadtväter, um sicher zu gehen, von beiden Korporationen Bestechungsgelder angenommen. Da sie aber nur für eine stimmen konnten, so gab es dann noch Klagen über diese „Unehrllichkeit“ und auf Herausgabe der Silberlinge.

Eine große Idee kam von Philadelphia. Dort hatten die Stadtväter das Gaswerk an einen privaten Konzern verhandelt, dem bald das Wasserwerk folgen sollte. So etwas glaubten die St. Louiser Stadtväter mindestens auch fertig zu bringen. Sie suchten einen Käufer für das Wasserwerk. Vierzig Millionen war es wert, für fünfzehn wollten sie es losschlagen. Eine Million verlangten sie als Maklergebühren. Noch weiter ging man.

Die städtischen Besitzungen wurden für den Verkauf aufgenommen. Dazu konnte es glücklicherweise nicht kommen; ein Zufall verhinderte es, vorherhand wenigstens. Dieser Zufall hieß Foll.

Dieser Foll wurde wider seinen Willen von den diebischen Klägern als Distriktsanwalt aufgestellt und gewählt. Er sagte, er wolle seine Pflicht tun. Selbstverständlich zwinkerten ihm die Diebsgesellen verständnisvoll zu. Und er tat seine Pflicht, nur in etwas anderer Weise, als es seine Begünstiger erwartet und gewünscht hatten. Er stellte die Stadtväter unter Anklage, ja selbst die Wahlschwindler, die ihn in sein Amt „gezählt“ hatten. Darob Bestürzung in den „besten Kreisen“, Drohungen, Bitten, Besuche und Rückenlehren. Alles umsonst. Er verfolgte die Diebe, brachte sie vors Gericht und zur Verurteilung, aber keinen ins Gefängnis. Einige entzogen sich durch die Flucht, für die anderen besorgte die Appellinstanz eine Aufhebung des Urteils.

Foll ist dann als Gouverneur für Missouri gewählt worden. Dem öffentlichen Diebstahl ist kaum Abbruch getan worden. Foll war ein Zufall und ebenso war es sein anfänglicher Erfolg in der Verfolgung der diebischen Stadtväter. Er hatte nur überrascht. Es wird nicht so leicht wieder geschehen. Wie in den anderen Städten, so ist auch in St. Louis seitdem größere Vorsicht in der Auswahl der Kandidaten für die Staatsanwaltschaft usw. angewandt. Dem Betrug ist eine „solldere“ Organisation gegeben oder durch eine „formelle Ehrlichkeit“ ersetzt worden. Jedenfalls gehen Diebstahl, Bestechung, Betrug usw. ungeschwächt weiter. Vielleicht nur etwas mehr verborgen. Ende 1907 stand wieder eine oberfaule Affäre (Straßenpflasterung, dreimal teurer für die Steuerzahler und hundertmal minderwertiger als die bisherige) in St. Louis auf der Tagesordnung, durch die die Stadt wiederum um Tausende von Dollars betrogen worden ist.

Diese scheußliche, alle Bevölkerungsklassen durchsickernde Korruption und der gräßliche Mangel an bürgerlicher Moral werden nur übertroffen von dem Tiefstand des Pflichtgefühls für die arbeitende Klasse. Daß nach dem Gesagten die öffentlichen Institute nur von den Kreaturen der herrschenden Clique geleitet werden und den Interessen der Bestechung zahlenden Korporationen dienen, ist selbstverständlich. Für die Kommunalverwaltung erfüllt das Proletariat einfach nicht. Sozialpolitische und hygienische Einrichtungen bestehen nicht. Unter der Malaria hat die Bevölkerung heute gerade noch so zu leiden, wie einst die Gemeinde der Flarier. Die Krankenhäuser sind unzureichend und — von einer Ausnahme abgesehen — schmutzig; Arbeitsnachweise oder allgemein zugängliche Volksbäder oder Gerichte, wo der Arbeiter seinen Lohn ohne Umstände einlagen kann, sucht man, wie übrigens in ganz Amerika, vergeblich. Die Wasserleitung ist ein gutes Transportmittel für Sand und Lehm. Die Straßen, abgesehen von den Distrikten, wo die Reichen wohnen, sind schmutzig und mit Löchern geziert. Im Norden der Stadt sieht man Straßen, für die die Bezeichnung Feldwege noch zu gut ist. Wagen stecken bis zur Achse im Kot. Die Bürger behelfen sich, indem sie große Steine in den Sumpf werfen, um ihn überschreiten zu können. Andererseits wird aber der, der in der Straße spuckt, sofort eingelockt und mit 25 Dollar gebüßt, vorausgesetzt, er habe keinen „Pull“ oder könne die Polizei in der Ordnung nicht schmierern.

Es ist ein seltsames Schauspiel, die Klagehoren über den hohen Stand der Korruption oder den niedrigen Stand der öffentlichen und gewöhnlichen Moral, so welsen sie auf die Anwesenheit der Fremdenmassen hin. Das soll eine Entschuldigung, wenn nicht gar eine Glorifikation der „amerikanischen Rasse“ sein. Sagt man ihnen dann aber, daß auch die Gemeinwesen mit großen Procentsätzen hier geborener Bürger dieselben Kalamitäten haben und daß in der Regel ein Eingeborener, dessen Vorfaters Wiege im frommen Irland oder England stand, der Diebeshauptmann ist, wie in New York, St. Louis, Pittsburg, Philadelphia usw., dann werden sie auch noch nicht verlegen, sondern antworten unverdrossen: Gebt uns erst eine Gelegenheit, wir sind noch ein junges Land. Dieses Argument hat nun schon gar keine Beweiskraft, finkmalen Spitzbuben mit zunehmendem Alter wohl unternehmenslustiger, kühner, dreister und pfliffiger werden, aber wohl kaum ehrlicher. Das scheint auch in Amerika der Fall zu sein. Allerdings gibt es Leute, freilich zumest solche, die nicht direkt unter der Misere zu leiden haben, die sie sozusagen aus der Vogelperspektive betrachten, die ernstlich von einer Abnahme der Korruption sprechen. Gher das Gegenteil ist der Fall. Wohl aber hat sie die Tendenz, sich in glatteren Bahnen, in „ethischeren“ Formen zu vollziehen. Sie wird „ethischer“ in der Form und schmutziger und größer in der Sache.

Versammlungs-Berichte etc.

sch. Neuhaldensleben. In der letzten Zahlstellen-Versammlung wurde u. a. auch beschlossen, den Mitgliedern, welche weniger als sechs-mal im Jahre die Zahlstellen-Versammlungen besuchen, soll die freiwillige Unterstützung versagt werden, wenn dieselben in eine Notlage geraten. Mit großem Interesse angehört wurde der Bericht unseres Delegierten von der nach Koblau einberufenen Konferenz, wozu sämtliche Zahlstellen des Agitationsbezirks vom Vorort Wittenberg aufgeföhrt waren, Delegierte zu entsenden. Genosse Paulik-Koblau hatte dort das Referat übernommen und sind unsere hiesigen Mitglieder mit den Anregungen Pauliks im Allgemeinen einverstanden, wenn auch manches noch ein frommer Wunsch bleiben wird. Alle einsichtigen Elemente unter uns sind sich mit Genossen Paulik darüber klar, daß nebst einigem unnötigen Ballast in der Verwaltung auch die Leistungen unserer Kasse in bezug auf Höhe und Dauer der Unterstützungen im Vergleich zu anderen teils stärkeren Verbänden zu hohe sind, und daß dieser Zustand trotz der erhöhten Beiträge auf die Dauer unhaltbar ist. Der Antrag des Vorstandes, die Erwerbslosen-Unterstützung einzuföhren, welcher auf der letzten Generalversammlung leider abgelehnt wurde, wird wiederkehren und dann hoffentlich auch angenommen werden. Vorläufig besteht die Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder noch aus Anhängern des alten Popses, aber allmählich werden auch diese einsehen, daß man den Verband nicht lediglich als Versicherungsanstalt betrachten darf. Wir müssen vielmehr eine straffe Kampforganisation sein und jeder Einzelne muß bereit sein, Opfer zu bringen für die gute Sache, sich nicht hartnäckig an das Althergebrachte klammern und dadurch den Fortschritt hindern. Die Versammlung erklärte sich bereit, die Anregung der koblauer Kollegen zu unterstützen und wir wünschen, daß die dort gemachten gut gemeinten Vorschläge überall Anklang finden mögen, auch in den Orten, wo die Kollegen für Neuerungen besonders schwer zugänglich sind. — Auch wir sind der Ansicht, es muß unsere vornehmste Aufgabe sein, auf Mittel und Wege zu sinnen, um unsere Verbandskasse zu stärken und aktionsfähig zu erhalten. Dabei muß eben ein jeder mithelfen, dann werden die Porzellanarbeiter ihren Platz in der modernen Arbeiterbewegung behaupten können.

Sterbetafel.

Gräfenthal. Lisette Jakob, Formerin, geboren am 12. April 1864, gestorben am 15. September 1909 an Herzleiden, Krankheitsdauer 80 Wochen.

Ilmenau. Bernhard Günther, Dreher, geboren am 12. Oktober 1845 in Schmiedefeld, gestorben am 16. September 1909 an chron. Luftröhrenkatarrh und Lungenerweiterung.

Pottschappel. Gustav Lummel, Maler, gestorben am 16. September 1909 im Alter von 52 Jahren an Karfunkel und Zuckerkrankheit. Krankheitsdauer 12 Tage.

Selb. Richard Siegl, Formgießer, geboren am 21. August 1886, gestorben am 7. September 1909 an Nierenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Änderungen

Buckau. Rff. Friedrich Ehrhardt, Martinstr. 10, 1 Treppe.
Roda. Wf. Oskar Fikenscher, Dr. — Schf. Reinhold Zahn, Br. — Rff. Otto Grundmann, Wf.
Stadtlengsfeld. Wf. Karl Mädel, Rutzgasse 192.

Versammlungs-Anzeigen

Cöln. Sonntag, 3. Oktober, 10 Uhr, im Saal des Hotel „Victoria“.
Ellerwerda. Sonnabend, 2. Oktober, 8 Uhr, bei Heinrich Köpcke, Viehla.
Gellenkirchen. Sonntag, 3. Oktober, nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Gekermann, Dittlensstraße.
Kahla. Sonnabend, 25. September, 8 Uhr, im Thüringer Hof zu Löbshüh. Vortrag: „Kapital und Arbeit“. Referent: William Bromé, Parteisekretär zu Lübeck.
München. Sonnabend, 25. September, im Restaurant Dall' Armi, Frauenplatz 21.
Suhl. Sonntag, 3. Oktober, nachmittags 8 Uhr, in Dombergsanstalt.
Tiefenfurt. Sonnabend, 2. Oktober, 8 Uhr, in der Draueret. Wahl eines Vorstehenden.
Weißwasser. Sonnabend, 2. Oktober, 8 1/2 Uhr, im „Café Zentral“ Kreischmer.

Anzeigen

Agitationskonferenz des 16. Bezirkes.

Sonntag, den 10. Oktober, von mittags 1 Uhr ab im Restaurant G. Lang. Die angeschlossenen Zahlstellen des Bezirkes werden ersucht, ihre Delegierten zu senden. Bekanntgabe der Tagesordnung in der Versammlung. Fragebogen werden den Zahlstellen übersandt, welche an den Vorort Markt-Redwig wieder einzuschicken sind. Die Agitationskommission.

19. Agitationsbezirk. Sonntag, den 26. September findet eine gemeinschaftliche Zusammenkunft der Schwarzwälder Porzellan- und Emaillearbeiter in Schramberg statt. Hierzu haben schon einige Zahlstellen ihr Erscheinen zugesagt und ersuchen wir die übrigen Zahlstellen ebenfalls zu erscheinen. Sammel-punkt morgens 10—11 Uhr in der Restauration zur Ruß. Für gute Unterhaltung ist Sorge getragen. J. A.: Zahlstelle Schramberg.

Rauscha. Sonntag, den 3. Oktober, nachmittags 4 Uhr, Kombi-nierte Versammlung mit den Glasarbeitern und Töpfern. Referent: Genosse Wollmann.

| | | |
|--|---------------------|--|
| Arbeitsgesuche u. Arbeits-angebote kostenlos | Arbeitsmarkt | Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung |
|--|---------------------|--|

Warnung! Dreher, welche gefonnen sind hier in Arbeit zu treten, werden ersucht, sich über die hiesigen Verhältnisse bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.
 Die Zahlstellenverwaltung Schorndorf.

Düsseldorf. Wir ersuchen diejenigen Kollegen, welche auf Chiffre in den Fachblättern bei der Firma W. Hiby Stellung erhalten, sich vor Antritt derselben bei der hiesigen Zahlstelle nach den Verhältnissen zu erkundigen.
 Die Verwaltung.

Margarethenhütte. Diejenigen Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der unterzeichneten Verwaltung über die Verhältnisse zu erkundigen.
 Die Zahlstellenverwaltung.

2 Drucker oder Druckerinnen, welche firm im Drucken und Abziehen von Karten sind, werden bei hohem Lohn und dauernder Stellung zum sofortigen Antritt gesucht. Offerten erbeten an Schotter & Starck, Berlin, Annenstr. 15.

Glasmaler, in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, besonders in Relief und Blumen, in Bechern und Beleuchtungs-artikeln, sucht Stellung. Offerten unter R. Sch. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

| | | |
|---|---------------------------|-------------------------------|
| Preis der 2 gespaltenen Beitzettel 80 Pfennig | Geschäfts-Anzeigen | Vorausbezahlung ist Bedingung |
|---|---------------------------|-------------------------------|

Gold- und Silberscheide-Anstalt von Max Haupt, Dresden A., Blasewitzerstraße 64-66.

• • Goldschmiere, • •

sowie goldhaltige Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold mit 2,78 Mark angekauft. — Schnelle reelle Bedienung.

Goldschmiere, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.
Emil Böhme, Eilenberg, S.-A. Ältestes Geschäft dieser Art.
 Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Goldschmiere, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen.
Hans Zagler, Eirschenreuth.

Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen, Asche, Pinsel, Stupfer, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold mit 2,78 Mark angekauft.
Emil Böhme, Eilenberg, S.-A.

Goldschmiere, sowie alle anderen Goldabfälle, kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.
Martin Kaufmann, Zwickau in Sa., Grimmitzauerstr. 18.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle

Osterweihst. 32



Reallo schnelle Bedienung
Otto Süßer, Zwickau i. S.
 Preisliste

Osterweihst. 32

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Vergolderet vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung.
Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
 Red. u. Verlag: Fritz Bietsch, Charlottenburg, Röntgenstraße 14.
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.